

Stellungnahme zur Presseberichterstattung „Der gescheiterte Rauswurf“ und dem Urteil des Landesarbeitsgerichts AZ: 3 SaGa 7 öD/19

Die Fachschaft Medizin und Gesundheit der Universität zu Lübeck, die die Studierenden der Ergotherapie/Logopädie, Gesundheits- und Versorgungswissenschaften, Hebammenwissenschaft, Medizin, Physiotherapie und Pflege vertritt, ist unlängst auf das Urteil AZ: 3 SaGa 7 öD/19 des Landesarbeitsgerichts [1] und die Berichterstattung des NDR zu diesem [2, 3] aufmerksam geworden.

Wie aus dem Urteil hervorgeht, wurden hierarchische Strukturen durch Prof. Ensminger an der Klinik für Herzchirurgie genutzt, um dort persönliche Präferenzen zur Besetzung von Positionen zu forcieren. Der Vorstand des UKSH wurde seiner Verantwortung als Arbeitgeber, die betroffenen Mitarbeiter*innen, darunter Dr. Richardt, zu schützen, nicht gerecht. Im Gegenteil: Das unrechtmäßige Vorhaben, das Arbeitsverhältnis von Dr. Richardt zu beenden, wurde in diesem Fall sogar unterstützt.

Die Berichterstattung zu diesen Vorgängen hat in der Studierendenschaft der Sektion Medizin an der Universität zu Lübeck große Aufmerksamkeit erhalten. Die Inhalte wurden viel diskutiert, einige Studierende wandten sich direkt an die Fachschaftsvertretung und drückten so ihre Unzufriedenheit hinsichtlich der Vorgänge im Fall Dr. Richardt aus.

Um nähere Informationen über die Vorfälle zu erhalten und offene Fragen zu klären, richtete die Fachschaftsvertretung Anfragen zur Stellungnahme an die beteiligten Parteien (Dr. Richardt, den UKSH-Vorstand und Prof. Ensminger). Rückmeldung erhielt die Fachschaftsvertretung nur von Dr. Richardt, die auf eine geplante Mediation zwischen ihr und dem UKSH hinwies und deshalb keine Auskunft geben konnte.

Folgende Abschnitte beziehen sich deshalb auf die Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen und auf eine von der Fachschaftsvertretung eigens zu dieser Thematik erstellten Umfrage unter den Studierenden der Sektion Medizin der Universität zu Lübeck.

Diskrepanz zwischen den vertretenen Werten seitens der Universität zu Lübeck und dem Verhalten des UKSH

Am Begrüßungstag zu Beginn des Studiums erhalten Studierende in Lübeck seit 2018 den folgenden Text mit dem Titel „Was ich bedenken will“ [4], der im Einklang mit dem Leitbild der Universität einen Kanon von Haltungen und Werten formuliert:

Ich möchte die Würde aller Menschen achten; weder Alter noch Krankheit oder Behinderung, weder Konfession, noch ethnische oder nationale Zugehörigkeit, weder

Geschlecht noch sexuelle Orientierung, weder politische Haltung noch soziale Stellung sollen mich beeinflussen.

Mein Lernen, meine Forschung, meine Lehre, meinen Dienst möchte ich gewissenhaft ausüben, mit Respekt vor allen, die vor mir waren, mit Aufmerksamkeit gegenüber denen, die mir anvertraut sind, und mit Weitblick für jene, die nach mir kommen.

Im Bewusstsein meiner gesellschaftlichen Verantwortung möchte ich den sozialen und politischen Wandel aufmerksam verfolgen, ökologisch achtsam handeln, Kunst, Kultur und Bildung pflegen und fördern und mich mit Leidenschaft für Gerechtigkeit und Toleranz einsetzen.

Mein aufrichtiges Streben nach Wahrheit und Menschlichkeit möchte ich durch politische oder ökonomische Interessen nicht beugen lassen.

Verschwiegenheit und Vertraulichkeit möchte ich wahren und schützen, Kollegialität, Teamgeist, Freundschaft und gutes Benehmen pflegen.

Die Handlungen der Herzchirurgie sind mit den in diesem Text beschriebenen Grundsätzen nicht vereinbar. Infolge dieser Diskrepanz stand in den Nachrichten, die uns in den letzten Tagen von Studierenden erreichten, der Vertrauensverlust gegenüber dem UKSH im Fokus. Das Vertrauen in das UKSH ist dabei für die Studierenden ebenso wichtig, wie für die Patient*innen, die sich am UKSH behandeln lassen.

Umfrage unter den Studierenden

Um die Haltung aller Studierenden der Sektion Medizin zu diesem Sachverhalt einschätzen zu können, hat die Fachschaft Medizin und Gesundheit vom 23. bis zum 27.05.2020 eine Umfrage durchgeführt. In dieser Umfrage wurden unter anderem das Vertrauen in den UKSH-Vorstand und die Perspektiven am UKSH als möglicher künftiger Arbeitgeber abgefragt. Zudem wurde anlässlich einiger Nachrichten von Studierenden, die den Begriff „Hausfrauenchirurgie“ thematisierten, der laut des Berichtes des NDRs in Bezug auf Dr. Richardt Verwendung gefunden haben soll, in der Umfrage auch auf Erfahrungen mit Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz eingegangen.

Insgesamt haben 912 von 1866 Studierenden der Sektion Medizin an der Umfrage teilgenommen. Die Ergebnisse zeigen starke Einbrüche des Vertrauens in das UKSH, eine verringerte Attraktivität des UKSH als künftiger Arbeitgeber und Erfahrungen mit Sexismus sowie Diskriminierung in praktischer Ausbildung und Lehre.

Im Folgenden sind die wichtigsten Erkenntnisse aus der Umfrage zusammengefasst:

- Auf einer Skala von 0 bis 10 (0 = nicht vorhanden, 10 = unerschütterlich) bezifferten die befragten Studierenden ihr Vertrauen in den UKSH-Vorstand bzw. in das UKSH als Arbeitgeber vor den Vorfällen mit einem Durchschnittswert von 5,6. Nach der Berichterstattung zum Verfahren um Dr. Richardt lag der Durchschnittswert bei 2,2.
- Nach den Vorkommnissen geben 40 Prozent der befragten Medizinstudierenden an, ihre Facharztausbildung keinesfalls am UKSH absolvieren zu wollen (Wert 0 = ausgeschlossen). Für sehr wahrscheinlich bis quasi sicher (Werte von 7 bis 10) halten es lediglich 6 Prozent. Vor der Berichterstattung um Dr. Richardt konnten nur 22 Prozent eine Facharztausbildung am UKSH für sich ausschließen, für 21 Prozent war die Facharztausbildung am UKSH eine attraktive bis sehr attraktive Option.
- Auch unter den Pflegestudierenden sank die Attraktivität des UKSH als Arbeitgeber: Während vor den Vorkommnissen 63 Prozent eine Tätigkeit als examinierte Pflegekraft (z. B. im vierten Studienjahr) und 42 Prozent als Bachelor-qualifizierte Kraft eine Beschäftigung am UKSH für sehr wahrscheinlich bis quasi sicher hielten (Werte von 7 bis 10), sind dies nach der Umfrage nur noch 38 bzw. 22 Prozent.
- In der Umfrage berichteten Studierende von Erfahrungen mit sexistischen und diskriminierenden Äußerungen in der praktischen Ausbildung und in der Lehre. Die Häufigkeit sexistischer Äußerungen gaben die Studierenden mit einem Wert von 3,8 an (0 = nie, 10 = allgegenwärtig), die Häufigkeit diskriminierender Aussagen mit 3,9. Die Umfrageteilnehmer*innen gaben an, dass sexistische und diskriminierende Äußerungen vergleichsweise häufiger von Angestellten in leitenden Positionen ausgingen.

Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass sowohl die aktuellen Vorkommnisse um Dr. Richardt als auch die zu einem gewissen Maße bestehende Problematik von Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz die künftige Akquise von Fachkräften am UKSH negativ beeinflussen werden. Letztere werden jedoch besonders auf lange Sicht dringend benötigt, um die medizinische Versorgung am Standort Lübeck zu garantieren.

Hierarchien und Sexismus an medizinischen Fakultäten und Krankenhäusern im öffentlichen Diskurs

Weitere Gründe für eine sinkende Attraktivität einer Tätigkeit am UKSH lassen sich neben der Angst, später selbst ähnliches wie Dr. Richardt zu erfahren, unter anderem aus den Ergebnissen des „Berufsmonitoring Medizinstudium 2018“ der Kassenärztlichen Bundesvereinigung [5] ableiten.

In diesem wird zum einen dargestellt, dass ein autoritär-hierarchischer Führungsstil als kaum geeignet angesehen wird, um „eine sach- und fachgerechte Patientenversorgung und ein gutes Betriebsklima sicherzustellen“. Eine kooperativ-partizipative Organisationsstruktur wird hingegen als am geeignetsten bewertet (S. 94 ff.). Zum anderen geben 79,1 Prozent der Befragten flache Hierarchien als sehr wichtig/wichtig für die Rahmenbedingungen ihrer

späteren Facharztweiterbildung an, 37,1 Prozent sogar als unverzichtbar (S. 52). Darüber hinaus wird auf S. 47 f. die fehlende Attraktivität der Chirurgie thematisiert, wobei in den Freitextantworten auf „frauenfeindliche Kommentare“, „Ellenbogenmentalität“ und „Hierarchien“ hingewiesen wird.

Auch die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) hat im April in dem Positionspapier „Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit im ärztlichen Tätigkeitsfeld – Ärztinnen in Führungspositionen“ [6] zu der generellen Problematik Stellung bezogen: Die bvmd sieht konkreten Handlungsbedarf „sowohl in den Hierarchiestrukturen der Krankenhäuser [...], den Universitäten und der Forschung, als auch bei der Problematik von Sexismus am Arbeitsplatz“ (S. 1).

Appell

Das UKSH muss aktiv Maßnahmen ergreifen, um hierarchische Strukturen abzubauen und seine Mitarbeiter*innen vor Willkür und Diskriminierung zu schützen, damit das Vertrauen der Studierenden dem Universitätsklinikum und seinem Vorstand gegenüber wiederhergestellt und verbessert wird. Diese Maßnahmen müssen weitreichend und nach außen sichtbar sein. Zu einer Situation, wie sie Dr. Richardt erfahren hat, darf es nie wieder kommen.

Unter anderem muss es für Arbeitnehmer*innen aller Berufsgruppen in der Klinik eine unbefangene Ansprechperson geben, die unkompliziert und gegebenenfalls anonym kontaktiert werden kann, um bei Schwierigkeiten und Differenzen mit Vorgesetzten moderierend und helfend zu unterstützen.

Ebenso fordern wir als Fachschaft Medizin und Gesundheit das UKSH dazu auf, einen moralischen Handlungsleitfaden in Form einer Selbstverpflichtung für alle Arbeitnehmer*innen zu formulieren, in welchem die Grundsätze des kollegialen sowie menschlichen Miteinanders statuiert werden. Diese müssen sowohl von neuen als auch bereits angestellten Mitarbeiter*innen unterzeichnet werden und sollten an öffentlichen Plätzen für das Personal sichtbar ausgehängt werden, etwa im Arzt- und Stationszimmer.

Die Selbstverpflichtung sollte bei ihrer Implementierung klar kommuniziert und regelmäßig – z. B. jährlich – in Erinnerung gerufen werden.

Um Führungspersonal zu unterstützen, einen autoritär-hierarchischen Führungsstil in einen kooperativ-partizipativen zu wandeln, sollte das UKSH Führungsseminare anbieten, welche den Mitarbeiter*innen in Leitungsfunktionen eben diese Fähigkeiten an die Hand geben und trainieren.

Nur so kann das UKSH auch auf lange Sicht seiner Verantwortung sowohl als größter Arbeitgeber als auch größter medizinischer Versorger Schleswig-Holsteins gerecht werden.

Die Fachschaft Medizin und Gesundheit wird sich in den universitären Gremien aktiv dafür einsetzen Wege zu erarbeiten, um solche Vorfälle am Lübecker Campus künftig zu verhindern.

Wir hoffen, dass – auch mit Hilfe unserer Anregungen – das UKSH und die Universität zu Lübeck den Studierenden der Sektion Medizin wieder eine Perspektive in diesem Universitätsklinikum bieten werden, sodass diese dort künftig in einem positiven Betriebsklima an der Spitzenmedizin von morgen mitwirken können.

Lübeck, den 02.06.2020



Frederike Heiden

Vorsitzende der Fachschaft
Medizin und Gesundheit



Max Moll

Leiter des Referats für Hochschul- und
Gesundheitspolitik der Fachschaft Medizin
und Gesundheit

1. http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/portal/t/nd1/page/bsshoprod.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=6&numberofresults=1131&fromdoctodoc=yes&doc.id=JURE200003981&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1#focuspoint
2. <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Der-gescheiterte-Rauswurf,uksh576.html>
3. <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Arbeitsrechtlicher-Skandal-an-Uniklinik-Luebeck,uksh574.html>
4. <https://www.uni-luebeck.de/vernetzung2018/was-ich-bedenken-will.html>
5. https://www.kbv.de/media/sp/Berufsmonitoring_Medizinstudierende_2018.pdf
6. https://www.bvmd.de/fileadmin/user_upload/Grundsatzentscheidung_2019-11_Geschlechtergerechtigkeit_und_Chancengleichheit.pdf